

Dringende Stellungnahme des Jugendhilfeausschusses:

# Ein Appell gegen Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe

Im Namen des Jugendhilfeausschusses betonen wir ausdrücklich, dass wir aus fachlicher Perspektive keine Kürzungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe unterstützen können. Diese Einsparungen hätten langfristig tiefgreifende negative Folgen für betroffene Familien und die gesamte Gesellschaft.

Eine Reduzierung von Leistungen, die speziell auf die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen abzielen, verschlechtert nicht nur die Lebensqualität der Betroffenen, sondern verstärkt auch bestehende soziale Probleme. Die Kinder- und Jugendhilfe ist eine grundlegende gesellschaftliche Stütze. Ihre Schwächung hätte auf lange Sicht unverhältnismäßig hohe Folgekosten – insbesondere im Bereich der Sozialhilfe und gesundheitlichen Versorgung.

## **Familienfreundlichkeit erfordert Verantwortung**

Die Landeshauptstadt Potsdam, ausgezeichnet mit dem Siegel „*Familienfreundliche Kommune*“, steht in der Verantwortung, auch unter finanziellen Zwängen vorausschauend zu handeln. Statt kurzfristige Einsparungen zu priorisieren, müssen entstehende Schäden und erwartbare Folgekosten in den kommenden Jahren erkannt und verhindert werden.

Präventive Maßnahmen, die in den vergangenen Jahren erfolgreich in den Bereichen *soziales Lernen, Demokratiebildung, Schulklima und Partizipation* etabliert wurden, müssen fortgeführt werden. Ihr Abbau würde nicht nur die Jugendhilfe schwächen, sondern langfristig Kosten in anderen Bereichen der Stadtgesellschaft verursachen.

## Betreuungszeiten nicht kürzen – Familien entlasten

Ein besonders sensibles Beispiel für drohende Einschnitte ist die Finanzierung der 3. Betreuungsstufe in Potsdamer Kitas. Rund ein Drittel aller Eltern nutzt dieses Angebot – vor allem Alleinerziehende und Vollzeitbeschäftigte.

Eine erhebliche Reduzierung der Betreuungszeiten würde viele Familien massiv belasten. Eltern, die auf lange Betreuungszeiten angewiesen sind, müssten ihre Arbeitszeiten anpassen und dadurch finanzielle Nachteile in Kauf nehmen. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten wäre dies ein kaum tragbarer Einschnitt. Besonders für alleinerziehende Eltern wäre dies existenzbedrohend.

## Verwaltung effizienter gestalten statt Leistungen kürzen

Der Ausschuss sieht es als dringend erforderlich an, bestehende Leistungen in der Kinder- und Jugendhilfe beizubehalten. Gleichzeitig gibt es erhebliches Potenzial zur Optimierung von Verwaltungsprozessen und Qualitätsmanagement, um Ressourcen besser zu nutzen.

**Präventive Ansätze und verstärkt ambulante Unterstützungen müssen beibehalten oder qualifiziert ausgebaut werden.** Nur so kann die Stadt ihrer Verantwortung für die Schwächsten gerecht werden.

Eine umfassende Effizienzsteigerung in der Verwaltung könnte helfen, notwendige Einsparungen zu realisieren, ohne direkte Leistungen zu kürzen. Eine nachhaltige Finanzpolitik bedeutet, Einsparpotenziale dort zu heben, wo sie keine sozialen Schäden verursachen.

## Kein Sparen auf Kosten von Kindern und Jugendlichen

Zusammenfassend fordern wir eine sorgfältige und differenzierte Auseinandersetzung mit den geplanten Einsparungen und deren langfristigen Folgen. Besonders in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit, die mit einer steigenden Kinderarmut einhergeht, ist es wichtiger denn je, Chancen- und Bildungsgerechtigkeit zu sichern.

Wir fordern daher eine vertiefte Diskussion über alternative Einsparpotenziale – insbesondere in der Verwaltung – und eine gründliche Prüfung, wie bestehende Leistungen effizienter erbracht werden können, ohne Bedürftige zu belasten oder die langfristige Stabilität der Stadt zu gefährden.

Der Jugendhilfeausschuss steht nach wie vor dafür ein, dass **Einsparungen in der Kinder- und Jugendhilfe keine nachhaltige und verantwortungsbewusste Lösung sind**. Wer an diesen Bereichen kürzt, handelt nicht nur kurzfristig, sondern nimmt langfristig höhere Kosten in Kauf.

**Mit freundlichen Grüßen**

**Tiemo Reimann**

Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses Potsdam